

Beindruckender Grosser

Die Predigt eines Atheisten

NÜRNBERG – Er hat am 1. Februar seinen 90. Geburtstag gefeiert. Doch er spricht wie ein Junger, zitiert druckreif, kennt jedes wichtige Datum der Geschichte – ein lebendiges Lexikon. So pointenreich und spannend hält er seine „Predigt“, dass in der Zuhörerschaft nicht einmal ein Räuspern zu vernehmen ist.

Dabei hat Alfred Grosser, der französische Publizist und Politikwissenschaftler, schon einen langen Tag hinter sich. Einen Schulbesuch hat er absolviert (die NZ berichtete), bevor er am Abend den Festvortrag bei der Nürnberger Sicherheitstagung im Marmorsaal des Presseclubs hielt.

Sein Hauptthema ist seit jeher die deutsch-französische Freundschaft, die er gleich nach dem Krieg gefördert hat und die seiner Meinung nach auf unterer Ebene immer noch bestens funktioniert. Auf höherer politischer Ebene ist er sich da nicht so sicher, obwohl Frankreich von einem Sozialdemokraten (François Hollande) regiert werde und auch in Deutschland zwei Sozialdemokraten an der



Publizist Alfred Grosser

Regierung seien. Hoppla. Was hat er da über Angela Merkel gesagt? Spontaner Beifall brandet auf, schließlich wird die Veranstaltung im Wesentlichen von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung organisiert. Und genau über Nau-

mann und die Demokratie habe der damalige Bundespräsident Theodor Heuß bei seinem Parisbesuch im Jahr 1960 eine Rede gehalten, erinnert sich Grosser. Wie gesagt, der Mann ist ein Lexikon.

Die jüdische Familie Grosser emigrierte 1933 aus Frankfurt nach Frankreich, wo sie 1937 die französische Staatsbürgerschaft erhielt. Doch Alfred Grosser blieb seinem Geburtsland immer verbunden. Er lobt, was zu loben ist und kritisiert, was ihm aufstößt. So habe Gerhard Schröder, „der jetzt einem fremden Herrn dient“, sich richtig verhalten, als er sich weigerte, mit Amerika in den Irakkrieg zu ziehen. Leider habe sich Deutschland nie öffentlich über seine eigenen Leistungen freuen können, bis im Jahr 2006 während der Weltmeisterschaft endlich der Knoten geplatzt sei.

Lob erhält die Bundesrepublik auch für ihre Flüchtlingspolitik. Da könne sich Frankreich ein Stück davon abschneiden. Während Paris nur die Aufnahme weniger Tausend Flüchtlinge zulasse, kämen in diesem Jahr allein 400 000 und mehr nach Deutschland, wo sie sogar von einem CSU-Ministerpräsidenten willkommen geheißen würden. Wobei manchmal sogar des Guten zu viel getan werde: Asylbewerber aus Mitteleuropa solle man ruhig „rausschmeißen“.

Auch in der Ausländerpolitik seien die Franzosen auf dem falschen Dampfer. So gehe es den türkischen Jugendlichen in Berlin besser als den arabischstämmigen Jugendlichen in den Banlieues der Großstädte. Obwohl doch die einen Türken seien, die anderen aber Franzosen.

Was den Staat Israel betrifft, nimmt er kein Blatt vor den Mund. Natürlich habe das Land die Atombombe. Und noch immer werde Deutschland mit seiner Vergangenheit erpresst. Für eine Zwei-Staaten-Lösung sei es in Palästina zu spät. Durch die Siedlungen würde das Land aufgeteilt wie ein Leopardenfell. Er sei mit Staatsgründer Ben Gurion der Meinung, dass Israel für alle Juden, aber auch für alle Bürger, die dort leben wollen, offen sein müsse.

Am Schluss seiner Rede nimmt sich Grosser, der sich selbst einen bekennenden Atheisten nennt, aber schon mehr als 60 Jahre für die angesehene katholische Tageszeitung La Croix schreibt, viel Zeit für einen Vergleich der katholischen Kirche in Frankreich und Deutschland. Letztere sei ihm allein schon wegen der Kirchensteuer zu satt. Außerdem findet er es unmöglich, wenn geschiedenen Wiederverheirateten die Entlassung drohe. „Wo bleibt der Respekt für das Privatleben?“ In Frankreich dagegen sei die Kirche arm. Ein Priester verdiene lediglich 800, ein Bischof 1100 Euro. Das schade aber nicht. „Unsere Kirche ist moralischer als eure.“

Bedauerlich sei nur, dass das Wissen um christliche Kultur und Tradition allmählich verschwinde. „Die Laienzeit in Frankreich ist übertrieben.“ Er selbst halte sich an seinen Lieblingsphilosophen Emmanuel Levinas, der die Ethik als erste Philosophie bezeichnet hat. „Alles andere ist ihr untergeordnet.“ Raimund Kirch



Dschihadismus bedroht Afrika

Die Angst vor den Eiferern

Flucht über alle Grenzen und Barrieren: Die Angst vor fanatischen Dschihadisten treibt Menschen wie diesen Vater immer wieder zu Verzweiflungstaten. Foto: afp

VON STEPHANIE RUPP

NÜRNBERG – Salafist ist nicht gleich Salafist. Und Salafisten gibt es in Afrika schon sehr lange. Das stellte Sebastian Elischer bei der Nürnberger Sicherheitstagung gleich mal klar. Der Juniorprofessor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Leuphana-Universität Lüneburg unterteilt die puristisch denkenden Islamisten in drei Gruppen. Zur ersten gehören die Puristen oder Quietisten: Sie lehnen ein aktives Eingreifen in die Politik ab, im Vordergrund steht ihre intensive Missionsarbeit – unter Muslimen, die aus ihrer Sicht einen falschen Islam praktizieren und unter Nicht-Muslimen, die bekehrt werden sollen. Die zweite Gruppe sind die politischen Salafisten, die Lobbygruppen und politische Parteien bilden – die bekanntesten von ihnen sind die ägyptischen Muslimbrüder. Die dritte Gruppe ist die gefährliche: die Dschihadisten, die einen religiösen Gottesstaat in Form eines Kalifats gewaltsam errichten wollen.

Zu letzterer Gruppe gehören die Terrormiliz „Islamischer Staat“ ebenso wie „Boko Haram“ in Nigeria, Al-Schabaab in Somalia/Kenia und Al-Qaida im Maghreb (AQIM). Während es Salafisten schon sehr lange gibt, hätten sich Dschihadisten erstmals Anfang der 1990er Jahre for-

miert – als Reaktion auf die Stationierung von US-Soldaten in Saudi-Arabien während des ersten Irakkriegs. Eines betont Elischer besonders: „Die meisten Opfer dschihadistischer Gewalt sind Muslime. Das gilt auch für Boko Haram: Die meisten Opfer dieser Terrororganisation sind nicht Christen, sondern Muslime.“

Und noch etwas ist Elischer ganz wichtig: Obwohl Salafisten sehr unterschiedlich und untereinander auch sehr gespalten seien, so hätten sie doch eine Gemeinsamkeit, an der es nichts zu deuten gebe: „Alle Salafisten lehnen säkulare Nationalstaaten und die Demokratie ab.“ Man dürfe „nicht jeden Salafisten dämonisieren, aber wir dürfen keinen von ihnen verharmlosen“, warnt er. Wenn Salafisten an Infoständen jemandem erzählen wollten, dass sie gläubige Muslime und zugleich Patrioten seien, dann stimme das nicht. Gleichwohl könne man nicht oft genug betonen, „dass die Salafisten nur eine kleine Minderheit unter den Muslimen sind.“ Aber eine potenziell gefährliche und eine stark wachsende, gerade in Afrika.

In Afrika lägen Salafisten – die ursprünglich keine Dschihadisten waren – seit den 1930er Jahren im Clinch mit den traditionellen islamischen Sufis, welche einen gemäßigten Islam praktizieren, theologisch nicht immer top ausgebildet sind und Teile

der Tradition in den Glauben integriert haben – etwa die Talisman-Tradition, also die Herstellung von Glücksbringern. All das ist den Salafisten zwar seit jeher ein Dorn im Auge, war aber lange keine ernsthafte Bedrohung. Seit der dschihadistische Islamismus sich jedoch in Teilen Afrikas ausbreitet und durch Gelder religiöser Unterstützer aus den Golf-Staaten und Saudi-Arabien wächst, ist die Gefahr eklatant.

Sicherheits Tagung 2015

Für ungeheuer wichtig hält es Elischer deshalb, wie ein Land mit seiner Bedrohung durch Dschihadisten umgeht. Und da hat er in seiner Forschung verschiedene Arten des Umgangs festgestellt: Vorbildlich agiere der Niger. So setze die Regierung auf Überwachung der Moscheen und auf einen regelmäßigen Austausch von Vertretern des Staates mit Klerikern puristischer Gruppen. Dort werde jede Freitagspredigt mit Kameras aufgezeichnet. Wenn es zu Gewaltaufrufen bei Predigten kommt, könne man einschreiten. Vor allem dank der Konsultationen könne man es schaf-

fen, Gewalt erst gar nicht entstehen zu lassen. „Ganz anders“ sei es in Nigeria und Kenia. Die Regierungen setzten dort konsequent auf Gewalt gegen Dschihadisten. „Das produziert Gegengewalt.“

Obwohl an den beiden Tagen der Sicherheitstagung zumeist ein eher düsteres Bild von Afrika gemalt worden war – angesichts vieler fragiler Staaten, angesichts von Bürgerkriegen, starkem Bevölkerungswachstum und der Gefahr durch Dschihadisten: Für einen Kontrapunkt sorgt der Buchautor und Dokumentarfilmer Frank Sieren in seinem Abschlussvortrag. Er ist nämlich mehr als nur ein bisschen optimistisch für Afrika. Sieren, der seit 20 Jahren in China lebt, traut dem Schwarzen Kontinent einen ähnlichen Boom zu wie China ihn erlebt hat – „was Anfang der 80er Jahre auch niemand glauben wollte“.

In vielen Ländern Afrikas stecke angesichts der jungen Bevölkerung, der friedlichsten Phase seit langem, dem ungeheuren Smartphone- und Handyboom, der wachsenden Gesundheitsversorgung und der vielen Jungunternehmer ein riesiges Wirtschaftspotenzial. Und schon jetzt herrsche ein Wettbewerb zwischen China, Indien, Südkorea und den BRICS-Staaten, wer den Kontinent zum Erfolg führt. Europa, so Sieren, dürfe da nicht außen vor bleiben.

Künftige Herausforderungen Afrikas

Ein Kontinent zwischen Krisen und Krediten

VON SIGRUN EIBNER

NÜRNBERG – Ja, es gibt afrikanische Erfolgsgeschichten. Für Wolfgang Michael Hirsch zählt die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS ganz eindeutig dazu. Der frühere Oberst der Bundeswehr war von 2010 bis 2013 als Militärberater für ECOWAS im nigerianischen Abuja und berichtete bei der Nürnberger Sicherheitstagung von seinen Erfahrungen.

15 Mitgliedsstaaten haben sich nach dem Vorbild der Europäischen Union 1975 zusammengeschlossen. Auch wenn Hirsch einräumt, dass ECOWAS noch lange nicht alle Ziele erreicht habe, sieht er doch jede Menge Fortschritte. Ein gemeinsamer Pass für alle Bürger der Mitgliedsstaaten, eine gemeinsame Bank und die wirtschaftliche Zusammenarbeit tragen bereits Früchte. So berichtet der Oberst vom politisch-wirtschaftlichen Druck auf das Mitglied Mali, der dazu beigetragen habe, die jüngste Krise zu entschärfen. Nur militärisch sei die Organisation noch nicht sehr erfolgreich. „Von einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ist ECOWAS noch weit entfernt“, erklärte Hirsch. Zwar verfügt die Gemeinschaft offiziell über etwa 5000 Soldaten, doch diese „Standby-Truppen“ existieren nur auf dem Papier.

Soldaten für Friedensmissionen stellt daher die Afrikanische Union (AU), der Zusammenschluss aller 54 afrikanischer Staaten. Auch hier gibt es noch Probleme beim Aufbau einer

gemeinsamen Eingreiftruppe, die einmal 15 000 Soldaten umfassen soll. Doch zumindest zehn Friedensmissionen hat die erst 2002 gegründete AU schon auf die Beine gestellt. Wie Melanie Alamir von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) erläuterte, ist genau dies das Ziel der internationalen Gemeinschaft: Afrika soll Konflikte möglichst aus eigener Kraft lösen.

Zugegebenermaßen ist der Kontinent davon noch weit entfernt, denn die Afrikanische Union ist ein

politisch schwerfälliges Konstrukt – um aktiv zu werden, bedarf es stets der Zustimmung aller 54 Mitglieder. Und auch die finanziellen Mittel reichen meist nicht aus, so dass ein Großteil der AU-Missionen letztendlich zu UN-geführten Friedensmissionen werden.

An diesen hat sich Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten beteiligt – vom ersten Einsatz in Somalia in den Jahren 1993/94 bis heute, wo Bundeswehrsoldaten etwa im Südsudan, am Horn von Afrika, in Westsa-

hara oder Mali ihren Dienst tun. Doch nicht nur in Deutschland ist nicht zuletzt nach den Erfahrungen in Afghanistan die Bereitschaft gesunken, in Krisengebieten militärisch einzugreifen. Stattdessen legt die Bundesregierung heute den Schwerpunkt auf die Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit.

Ein wichtiges Instrument ist dabei die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Helmut Gauges, der bei der Bundeseseigenen Bank für den Bereich Afrika zuständig ist, berichtete von einer enormen Erhöhung der Kredite und Zuschüsse: Allein zwischen 2011 und 2014 wurden die Finanzierungszusagen auf rund 2,2 Milliarden Euro glatt verdoppelt. Aktuell sind es 564 Vorhaben, vor allem in den Bereichen Energie, Wasser und Transport, die in Afrika mit KfW-Mitteln unterstützt werden.

Wie erfolgreich und sinnvoll dieses Geld eingesetzt ist, machte Tobias Zwirner klar. Der Geschäftsführer der Memminger Firma Phaesun, die Solarenergie-Module herstellt, berichtete über die vielfältigen Einsatzbereiche seiner Produkte. Die reichen von der Straßenbeleuchtung in ländlichen Gegenden, dem Betrieb von Wasserpumpen oder Getreidemühlen bis zum Aufladen von Handys und dem Kühlen von Getränken in Straßenkiosken. „Das Potenzial ist riesig, aber fernab der Stromversorgung gab es bisher dafür keinen Markt“, erklärte Zwirner. Seine Firma sorgt nun dafür, dass vielen Menschen in Afrika „ein Licht auf geht“.



Ausbildung im Minensuchen: Die Bundeswehr ist seit 2013 an der UN-Mission in Mali beteiligt. Der Bundestag hat den Einsatz nun um ein Jahr verlängert. F.: dpa